



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Abschaffung der Zwangsrabatte auf Arzneimittel

Aktuell seit 02.06.2026 10:48:31

Angegeben von:

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (R001463) am 26.06.2024

Beschreibung:

Der BPI setzt sich für die Rückführung und Vermeidung zusätzlicher Zwangsrabatte im Arzneimittelbereich ein. Im Rahmen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes lehnt der BPI insbesondere den dynamischen Herstellerabschlag, zusätzliche Belastungen geschützter Impfstoffe sowie die Verlängerung und Ausweitung des Preismoratoriums ab. Pauschale Abschlagsmechanismen dürfen Versorgungssicherheit, Innovation, Standortattraktivität und die wirtschaftliche Tragfähigkeit versorgungsrelevanter Arzneimittel nicht gefährden.

Zu Regelungsentwurf

1. **Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffene Interessenbereiche (3)

Arzneimittel [alle RV hierzu]

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Industriepolitik [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (1)

SGB 5 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2406240028 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]